

Einwilligungserklärung Datenverarbeitung und Beteiligung am Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahren

Persönliche Angaben:

Nachname, Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Straße, Hausnummer: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

1. Zweck und Hinweise zur Datenverarbeitung personenbezogener Daten

Zur Bearbeitung Ihres Antrags benötigen wir Daten, die wir verarbeiten müssen. Datenverarbeitung bedeutet, dass wir ausschließlich zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Daten von Ihnen direkt oder von anderen Stellen erheben und soweit erforderlich an andere Stellen übermitteln. Die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung ergeben sich aus § 35 SGB I, §§ 67ff SGB X. Die Datenverarbeitung umfasst insbesondere die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten sowie die nachfolgende Dokumentation und Übermittlung im Rahmen des Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahrens einschließlich der individuellen Bedarfsermittlung bis zur Leistungsentscheidung im Rahmen der Eingliederungshilfe nach SGB IX.

2. Mitwirkungspflicht und Folgen fehlender Mitwirkung

Im Rahmen der Antragstellung bedarf es Ihrer Mitwirkung.

Sie sind nach §§ 60 ff SGB I verpflichtet:

- alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind und auf Verlangen des Trägers der Eingliederungshilfe der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen.
- Nachweise/Urkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.
- sich auf Verlangen zumutbaren ärztlichen und psychologischen Untersuchungen zu unterziehen.

Daraus ergibt sich, dass Sie die nachfolgende Einwilligungserklärung abgeben müssen, sofern Sie die erforderlichen ärztlichen und anderen Unterlagen nicht selbst vorlegen können. Kommen Sie diesen Mitwirkungspflichten nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann nach § 66 SGB I die beantragte Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagt werden.

Zur Bedarfsermittlung benötigen wir zudem Ihre Mitwirkung am Verfahren der Bedarfsermittlung Baden-Württemberg (BEI_BW) und zum Gesamt- bzw. Teilhabeplan. Hierzu planen wir gemeinsam mit Ihnen ein oder auch mehrere Gespräche. Dazu laden wir Sie noch gesondert ein. Wir möchten von Ihnen in diesem Gespräch zum Beispiel wissen, welche Wünsche und Ziele Sie haben, was Sie gut können und was Sie nicht so gut oder gar nicht

können. Nur wenn wir das wissen, können wir mit Ihnen gemeinsam genau die Unterstützung und Leistung planen, die Sie brauchen, die zu Ihnen passt und Ihnen auch wichtig ist.

Deshalb unsere Bitte: Bei Fragen zu Ihrer Antragstellung und den damit verbundenen Mitwirkungspflichten kommen Sie auf uns zu. Wir unterstützen Sie gerne.

3. Einwilligungserklärung

3.1 Einholung von Auskünften

Ich bin einverstanden, dass der Träger der Eingliederungshilfe Auskünfte von nachfolgend genannten Stellen und Ärzten aus ärztlichen, psychologischen, pädagogischen Untersuchungsunterlagen und sonstigen Berichten einholt, die für die Entscheidung erforderlich sind und in Form von Daten zur gesundheitlichen Situation, zur vorliegenden Behinderung und den Beeinträchtigungen der Körperfunktionen im BEI_BW erhebt und dokumentiert:

- Ja Nein Öffentl. Gesundheitsdienst/Gesundheitsamt: _____
- Ja Nein Medizinisch-Pädagogischer Dienst des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (MPD des KVJS)
- Ja Nein Arzt/Facharzt: _____
- Ja Nein Psychologe: _____
- Ja Nein Klinik: _____
- Ja Nein begutachtende Stelle: _____
- Ja Nein Versorgungsamt: _____
- Ja Nein Jugendamt: _____
- Ja Nein Schulamt: _____
- Ja Nein Kindertageseinrichtung: _____
- Ja Nein Pflegekasse: _____
- Ja Nein Integrationsfachdienst: _____
- Ja Nein Dienstleister/Leistungserbringer: _____
- Ja Nein Sonstige: _____

3.2 Weitergabe von Daten

a) Ich bin damit einverstanden, dass der Träger der Eingliederungshilfe im Rahmen des Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahrens nach SGB IX (z.B. zur Sachverhaltsklärung oder Vorbereitung einer Gesamtplan- bzw. Teilhabepankonferenz) erforderliche Daten, Ergebnisse der individuellen Bedarfsermittlung etc. zur Abstimmung an gegebenenfalls weitere beteiligten Leistungsträger nach § 117 Abs. 3-5 SGB IX übermittelt, sofern Sie der Beteiligung unter 6.1 zugestimmt haben

- Ja Nein

- b) Ich bin damit einverstanden, dass der Träger der Eingliederungshilfe die ihm zugänglich gemachten Auskünfte und Unterlagen (z.B. Arztberichte, MDK-Gutachten) an andere Stellen nach § 22 SGB IX, an ärztliche Gutachter (z.B. öffentlicher Gesundheitsdienst, Landesärzte für Behinderte, MPD des KVJS) weitergibt, soweit dies für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 69 Abs. 1 in Verbindung mit § 76 Abs. 2 Nr. 1 SGB X).
- Ja Nein

4. Widerspruchsrecht

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich solchen Übermittlungen unter 3.1 und 3.2 generell vorab widersprechen kann, wenn ich hiermit nicht einverstanden bin und ich jederzeit gegen die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten gemäß Artikel 21 DSGVO Widerspruch einlegen kann.

Auf die Folgen der fehlenden Mitwirkung (s. unter 2.) wurde ich hingewiesen.

5. Widerrufsrecht

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich die Einwilligungen jederzeit widerrufen kann. Dabei bleibt die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von Daten unberührt, die bis zu meinem Widerruf getätigt wurden.

6. Zustimmung zur Beteiligung und Teilnahme anderer Leistungsträger und Stellen

6.1 Gesamt- bzw. Teilhabeplan, Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahren

Als Träger der Eingliederungshilfe sind wir verpflichtet im Vorfeld einer möglichen Leistungsbewilligung einen Gesamtplan nach §117 SGB IX zu erstellen und spätestens nach 2 Jahren fortzuschreiben. Der Gesamtplan ist die Grundlage für den Bescheid, in welchem wir über Ihren Antrag entscheiden. Im Rahmen des Gesamtplanverfahrens werden wir Ihre Bedarfe umfassend ermitteln, so dass wir gegebenenfalls andere Leistungsträger oder Stellen nach § 22 SGB IX beratend beteiligen. Dies ist jedoch nur mit Ihrer Zustimmung möglich, um die wir Sie nachfolgend bitten.

Ich bin einverstanden, dass nachfolgende Stellen beratend am Gesamt-bzw. Teilhabeplanverfahren beteiligt werden:

Ja Nein Pflegekasse: _____

Ja Nein Träger der Leistungen der Hilfe zur Pflege:

Ja Nein Träger der Leistungen für einen Bedarf an notwendigem
Lebensunterhalt: _____

Ja Nein Sonstige (z.B. öffentlicher Gesundheitsdienst, MPD des
KVJS): _____

6.2 Gesamtplan- bzw. Teilhabeplankonferenz §§ 119, 20 SGB IX

Falls erforderlich können wir mit Ihrer Zustimmung eine Gesamt- bzw. Teilhabeplankonferenz durchführen. Dabei beraten wir und andere beteiligte Leistungsträger gemeinsam mit Ihnen über die Unterstützungsbedarfe und die notwendigen Leistungen. Wenn Sie möchten, können Sie eine Person des Vertrauens (z.B. Ihre gesetzliche Vertretung, aus ihrem Freundes-/Familienkreis, Beratungsperson der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung -EUTB, etc.) mitbringen.

- Ich stimme der Durchführung einer Gesamtplan- bzw. Teilhabeplankonferenz zu.

Ja Nein

- Ich nehme daran teil:

Ja Nein

Wenn ja, folgende Person des Vertrauens begleitet mich (Name, Vorname):

- Nachfolgend stimme ich der Teilnahme folgender Stellen an der Gesamt-/bzw.

Teilhabeplankonferenz zu:

Ja Nein Rehabilitationsdienste, -einrichtungen: _____

Ja Nein Pflegedienste: _____

Ja Nein Jobcenter: _____

Ja Nein Integrationsamt _____

Ja Nein beteiligte Leistungserbringer: _____

Ja Nein Sonstige, z.B. § 119. Abs. 4 SGB IX: _____

6.3 Weitergabe des Gesamt- bzw. Teilhabeplans

Um eine zielgerichtete, ganzheitliche Leistungserbringung zu gewährleisten, ist eine Weitergabe des Gesamt- bzw. Teilhabeplans an die beteiligten Leistungserbringer sinnvoll. Diese Weitergabe ist gesetzlich nicht vorgesehen. Deswegen bedarf es aus Gründen des Sozialdatenschutzes Ihrer Einwilligung. Die Folgen fehlender Mitwirkung, die unter 2. beschrieben sind, sowie Ihr Widerspruchs- und Widerrufsrecht unter 4. und 5. gelten hier entsprechend.

Hiermit willige ich ein, dass der erstellte Gesamt- bzw. Teilhabeplan an folgende Stellen übermittelt wird:

1. _____

2. _____

3. _____

Bitte beachten Sie:

Wenn der maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann oder der Aufwand für die Durchführung sowie Vor- und Nachbereitung einer Gesamt- bzw. Teilhabepersonalkonferenz in keinem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht, kann von unserer Seite von einer Gesamt- bzw. Teilhabepersonalkonferenz abgesehen werden.

Datum, Unterschrift der antragstellenden Person/ der gesetzlichen Vertretung